

Der Verkehrsversuch stirbt einen frühen Tod

Thuner Stadtrat Der geplante Verkehrsversuch ohne Einbahnregime auf der Innenstadt-Westachse findet nicht statt. Der Stadtrat hat das Vorhaben abgeschmettert.

Gabriel Berger

«Der Verkehr bewegt. Oder eben auch nicht.» Der zuständige Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) brachte es mit dem Bonmot schön auf den Punkt. Im Thuner Verkehrssystem stockt es seit längerem an mehreren Enden – derzeit wegen diverser Strassenbaustellen noch etwas mehr als sonst schon.

In weiten Teilen der Bevölkerung unbeliebt und als Problemursache für lange Staus verschrien ist das Einbahnregime über die zwei äusseren, innerstädtischen Achsen Berntor-Guisanplatz (West) und Maulbeerplatz-Lautior (Ost). Ende Mai informierte der Gemeinderat daher über einen geplanten Versuch im Jahr 2025, bei dem das Einbahnregime auf der Westachse aufgehoben werden sollte.

Der Stadtrat hatte an seiner Sitzung vom Donnerstagabend darüber zu befinden, ob er 1,3 Millionen Franken für den Versuch bewilligen will. Die Kosten, die bereits im Vorfeld der Sitzung verschiedentlich kritisiert worden waren, stehen unter anderem im Zusammenhang mit einer baulichen Umgestaltung des Bernorkreises. Der Gemeinderat hatte für den Versuch insgesamt vier Varianten geprüft.

«Ernüchternder Ausgang»

Bauvorsteher Schertenleib rollte eingangs nochmals die lange Vorgeschichte auf – etwa, dass das Einbahnregime letztlich auf die Gesamtverkehrsstudie aus dem Jahr 2003 und die Einführung des Bypass Thun-Nord mit der Alpenbrücke zurückgeht. «Schon bald nach der Eröffnung des Bypass wurde das Problem mit den Staus insbesondere am rechten Thunerseeufer erkannt – und daher auch diverse Sofortmassnahmen ergriffen», betonte Schertenleib.

Den Versuch, den der Gemeinderat beantragte, sei die «am wenigsten schlechte aller Varianten», warb der Bauvorsteher. Eine Expertengruppe habe diverse Modelle «sehr seriös» geprüft. «Auch für uns mit ernüchterndem Ausgang», hielt Schertenleib fest. Er verwehrt sich zudem gegen jüngst laut gewordene Kritik, wonach der Gemeinderat die versuchsweise vollständige Aufhebung der Einbahn versprochen habe. «Es war immer



Die Kuhbrücke in der Thuner Innenstadt. Der Stadtrat lehnte die versuchsweise Aufhebung des Einbahnregimes ab. Foto: Patric Spahni

lediglich von der Westachse die Rede.»

Rückweisung beantragt

Während der Debatte zeigte sich rasch, dass keine Fraktion richtig glücklich war mit dem gemeinderätlichen Antrag. Marc Fritschi (Gruppierung Parteilos) sagte: «Es sind nun zwei Jahre investiert worden in ein offenbar untaugliches Modell.» Wer eine neue Brücke baue (Alpenbrücke) und gleichzeitig «zwei andere halb stilllegt» (Innenstadtachsen), müsse sich nicht wundern, wenn die Verkehrssituation nicht besser werde.

«Wer wirkliche Verbesserungen will, weist den Versuch zurück», folgte Fritschi. Der gemeinderätliche Bericht solle ergänzt werden mit weiteren «alternativen Modellen». Für den Antrag von Parteilos sprach sich Angelika Zimmermann (Die Mitte/FDP) aus: «Gegen das Verkehrsproblem muss jetzt etwas unternommen werden. Der vorgeschlagene Versuch hinterlässt

bei uns jedoch ein ungutes Gefühl.»

SVP forderte zweite Lesung

Eine andere Strategie verfolgte die SVP. Stadtrat Peter Aegerter beantragte für das Geschäft eine zweite Lesung an einer nächsten Parlamentsitzung. Nach der Präsentation des Versuchs seien – nicht nur bei der SVP – noch viele Fragen offen geblieben. Mit etwas mehr Zeit liessen sich diese klären.

In der Sache hielt Aegerter fest: «Wir sind konsterniert über die Resultate der Modellberechnungen.» Man sei grundsätzlich nach wie vor für die volle Aufhebung des Einbahnregimes. «Für gewisse Voten vom rechten Seeufer haben wir dagegen weniger Verständnis, denn dort wird selber wenig zur Lösung beigetragen.»

Rüffel für rechtes Seeufer

Ordentlich Schelte erhielt das rechte Seeufer, das im Publikum mit mehreren Vertreterinnen

und Vertretern von Behörden und Organisationen zugegen war, von weiterer Seite. Thomas Hiltbold (Grüne) etwa zeigte zwar Verständnis für Staugeplagte auf der Hofstettenstrasse, welche zwingend auf das Auto angewiesen seien, zum Beispiel Gewerbetreibende. «Daneben gibt es aber viele Personen, die durchaus Alternativen zum Auto hätten.»

Hiltbold sprach von «unbekannten Wahrheiten», die die Politik nun adressieren müsse. Lösungen seien dank des regionalen Verkehrsmanagements durchaus vorhanden. «Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Versuch dagegen bringt ausser hohen Kosten nichts.»

In dieselbe Kerbe schlug Adrian Christen (SP): «In Burgdorf, Biel und weiteren Städten geht der Anteil des Autoverkehrs seit Jahren zurück – nur in und um Thun tut er dies nicht.» Daher seien nun dringend Massnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ange-

zeigt. Und mit Blick aufs rechte Seeufer und die von dort geforderte Aufhebung der Einbahn auf der Ostachse sagte Christen, dass dies nur schon aus Platzgründen nicht möglich sei.

Die Kritisierten wehren sich

Sogar Reto Schertenleib kritisierte die Behörden am rechten Seeufer explizit – und warf ihnen vor, sich nicht wirklich an einer gemeinsamen, regionalen Lösung des Problems zu beteiligen. Stattdessen werde dem Gemeinderat regelmässig vorgeworfen, er nehme seine Verantwortung nicht wahr. «Das stimmt schlicht nicht.»

Am Rande der Sitzung verwehrt sich die im Publikum anwesende Sigriswiler Gemeindevizepräsidentin Heinerika Eggermann Dummermuth (PBS) gegen die während der Debatte geäusserten Vorwürfe. «Wir haben dem Thuner Gemeinderat schon früh gemeinsam einen Vorschlag gemacht, inwiefern wir uns an den Kosten für einen

Der gemeinderätliche Antrag für den Verkehrsversuch wurde mit 24 zu 0 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgeschmettert. Letztere stammten weitgehend von der SVP, Parteilos und von FDP/Die Mitte.

Verkehrsversuch beteiligen würden», sagte sie.

Zudem hätten die Zuständigen des rechten Seeufers erst am Abend vor der öffentlichen Präsentation von den verschiedenen Modellvarianten erfahren. Man habe sich nicht weiter dazu äussern können. «Wir haben aber kritisch angemerkt, dass die Kosten für eine Versuchsanordnung wesentlich zu hoch angesetzt sind und günstiger sein müssten», so Eggermann Dummermuth.

Anträge chancenlos

Nach über einstündiger Diskussion und einem Sitzungsunterbruch schritt das Parlament dann zur Abstimmung: Zunächst wurde der Antrag der SVP, das Geschäft später weiter zu behandeln, mit 25 zu 10 Stimmen abgelehnt. Der Rückweisungsantrag von Parteilos wiederum schaltete mit 24 zu 12 Stimmen. Schliesslich wurde der gemeinderätliche Antrag für den Verkehrsversuch mit 24 zu 0 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgeschmettert. Letztere stammten weitgehend von der SVP, Parteilos und von FDP/Die Mitte.

Wie Gemeinderat Schertenleib nach dem Verdikt gegenüber dieser Zeitung festhielt, ist der Verkehrsversuch damit definitiv gestorben. Stattdessen sollen die bereits davor kommunizierten Sofortmassnahmen rasch vorangetrieben werden. Am Donnerstagabend sind indes im Parlament schon zwei neue Vorstösse zu einem Verkehrsversuch eingereicht worden.

Die Wohninitiative ist vom Tisch

Thuner Stadtrat genehmigt Gegenvorschlag Sämtliche Fraktionen lobten den Gegenvorschlag zur Wohninitiative.

Wohnen bewegt die Gemüter. Gerade auch in Thun, wo die Leerwohnungsziffer seit Jahren äusserst tief ist. Dass Handlungsbedarf besteht, darüber waren sich am Donnerstagabend sämtliche Mitglieder des Stadtrats einig, als es um die Thuner Wohninitiative und den entsprechenden Gegenvorschlag des Gemeinderats ging.

Sämtliche Fraktionen von rechts bis links lobten den Gegenvorschlag und empfahlen diesen zur Annahme. Dieser sich anstelle der in der Initiative geforderten 15 Prozent die absolute

Zahl von 1000 gemeinnützigen Wohnungen vor, die bis im Jahr 2045 gebaut oder zumindest geplant sein sollen.

Im Gegensatz zur Forderung der Initiative sei dieses Ziel realistisch, meinte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP), da auf diesen Zeitpunkt hin viele Baurechtsverträge mit Wohnbaugenossenschaften auslaufen würden.

«Hätte es nicht gebraucht»

Wie Stadtrat Peter Aegerter (SVP) waren die Stadträtinnen und Stadträte des Lobes voll für das Vorgehen der Stadt, die im Vor-

feld mit dem Initiativkomitee verhandelt hatte und in den vergangenen Jahren ganz grundsätzlich Beharrlichkeit in Sachen gemeinnütziger Wohnungsbau bewiesen habe: «Der Gegenvorschlag ist die logische Entwicklung dieser Politik», meinte Aegerter. «So gesehen, hätte es die völlig überriessene Initiative gar nicht gebraucht.»

Adrian Christen (SP), der als Mitglied des Initiativkomitees von «harten, aber fairen» Verhandlungen mit der Stadt sprach, kündigte schliesslich den direkten Rückzug der Wohninitiative

an, sollte der Stadtrat den Gegenvorschlag unverändert annehmen: «Wir haben festgestellt, dass wir gemeinsame Ziele verfolgen», bestätigte Adrian Christen bereits früher geäusserte Ankündigungen. So mache sowohl die absolute Zahl als auch der auf zehn Jahre später angesetzte Termin zur Erreichung des Ziels Sinn.

«Doch nicht nur der Gemeinderat, sondern auch die Wohnbaugenossenschaften werden in Zukunft bei der Umsetzung gefordert sein», meinte Christen. Dazu sei auch eine Professionalisie-

rung der Genossenschaften nötig, beispielsweise in Form von Fusionen.

Rückzug überreicht

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) bezeichnete die Vorarbeit und die im Gespräch gefundene Kompromisslösung abschliessend «als Musterbeispiel für die gute Thuner Politik». Dass man auf guten Wegen sei, zeige auch das deutliche Abstimmungsergebnis für die geplante Freistatt-Überbauung vom vergangenen Wochenende. Lanz schloss seine Ausführungen mit

der Hoffnung, dass «wir heute einen Meilenstein in der Angelegenheit setzen können».

Diesem Aufruf leistete der Stadtrat Folge: Er nahm den Gegenvorschlag des Gemeinderats einstimmig an und beauftragte diesen mit der Ausführung. Adrian Christen zog die Initiative wie angekündigt zurück, indem er dem Gemeinderat ein vom Komitee unterzeichnetes Rückzugsschreiben überreichte. Eine Abstimmung über die Initiative wurde damit obsolet.

Barbara Donski